

9.57

Abgeordneter Christoph Hagen (STRONACH): Frau Präsidentin! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren vor den Fernsehgeräten und hier im Saal! Sie haben jetzt irgendwelche Träumereien von meinen Vorrednern gehört, und nun möchte ich Ihnen zum Thema Aktionsplan „Sicheres Österreich“ einmal etwas aus der Praxis erzählen, das die Menschen draußen auch so fühlen und so mitbekommen.

In Richtung ÖVP sei Folgendes gesagt: Ja, es ist notwendig – und zwar dringend notwendig! –, dass wir einen Aktionsplan machen, denn Österreich ist schon lange nicht mehr so sicher, wie es uns vorgemacht wird. Kollege Amon hat hier vom subjektiven Sicherheitsgefühl gesprochen, das gestärkt werden soll. Meine Damen und Herren, nicht das Gefühl sollten wir stärken, sondern wir sollten die Sicherheit stärken! Wir sollten die Sicherheitsbeamten stärken, wir sollten schauen, dass die Exekutive wieder mehr Rechte hat, damit sie ihren Job auch ordentlich machen kann und dort auch von der Politik geschützt wird. Meine Damen und Herren, das wäre der richtige Weg! *(Beifall beim Team Stronach.)*

Ich möchte hier auf einige Fälle aus der Praxis zu sprechen kommen. Es wurde hier schon der Fall vom Brunnenmarkt angesprochen. Meine Damen und Herren, da ist ein klares Versagen feststellbar, und zwar nicht von der Polizei – das soll ich Kollegen Pilz von einem Polizeibeamten ausrichten –, sondern die Polizei macht ihre Arbeit, und sie macht sie gut. Dieser Fall wäre nicht passiert, wenn die Staatsanwaltschaft – so schaut es jetzt einmal aus – oder die Gerichte auf die Polizei gehört und dementsprechend reagiert hätten. Er wäre aber auch nicht passiert, wenn wir andere Gesetze hätten, wenn wir Gesetze hätten, die die Menschen vor solchen Individuen schützten. – Dazu komme ich später.

Ich möchte einen zweiten Fall ansprechen, nämlich aus der Stadt Bludenz in Vorarlberg; ich habe ihn im Justizausschuss letzte Woche schon kurz erwähnt. Dort sind drei ehemalige Asylwerber – alle drei aus Nordafrika –, die keinen Asylstatus bekommen haben und einen aufrechten Ausweisungsbescheid haben, ein Einreiseverbot in Österreich, im Zug tätlich gegen den Schaffner vorgegangen. Die Polizei musste einschreiten und hat versucht, diese Personen aus dem Zug zu holen. Die Polizisten wurden von diesen drei Personen – Nordafrikaner, Illegale, das kann man ganz offen sagen – bespuckt. Sie wurden dann tätlich angegriffen, also es wurde Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet, also ein Verbrechen begangen, und die Polizeibeamten haben diese drei Nordafrikaner dann verhaftet und auf die Dienststelle

mitgenommen. Dort soll es zur sexuellen Belästigung einer Polizeibeamtin durch diese Herrschaften gekommen sein; einer hat meines Wissens vor der Beamtin onaniert, und dann hat die Staatsanwaltschaft diese drei Personen auf freiem Fuß angezeigt. – Aufrechtes Aufenthaltsverbot, Einreiseverbot, Straftaten gesetzt: Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg, und dann verstehe ich, dass sich die Bevölkerung nicht richtig geschützt fühlt. Das liegt nicht an der Polizei, das liegt – in diesem Fall – an den Handlungen der Staatsanwaltschaft – das wird sicher noch untersucht werden –, aber das liegt vielleicht auch daran, dass wir als Gesetzgeber anders agieren müssten und der Polizei mehr Möglichkeiten geben müssten.

Wenn wir bedenken, dass sehr, sehr viele – und Sie haben es vor ein paar Tagen selbst gesagt, Herr Innenminister Sobotka – Exekutivbeamte massiv attackiert werden und den Tätern dann so gut wie nichts passiert, dann ist es nicht einladend für einen Exekutivbeamten, die Gesetze auszuführen, sondern er muss immer Angst haben, nicht mehr gesund oder gar nicht mehr vom Dienst heimzukommen. Meine Damen und Herren, da muss gehandelt werden! Eine Anzeige auf freiem Fuß ist in einem solchen Fall sicher der falsche Weg.

Erinnern wir uns an die Vergewaltigungen am Praterstern: Der Täter randaliert in der Justizanstalt, geht gegen eine Beamtin vor, die wehrt sich – und jetzt kriegt sie eine Anzeige, weil sie sich gewehrt hat und er blaue Flecken hat! Meine Damen und Herren, man muss da schon überlegen, wie wir die Gesetze gestalten und wie wir unsere Exekutive schützen. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir brauchen uns auch nicht zu wundern, dass sich immer mehr Menschen in Österreich bewaffnen – nicht, weil sie der Polizei nicht vertrauen, sondern weil sie dem Gesetzgeber nicht vertrauen, und der Gesetzgeber sind wir hier herinnen, meine Damen und Herren!

Deswegen fordere ich schon lange Wartecamps in Nordafrika, wohin wir solche Leute, die nichts mehr in Österreich zu suchen haben, die hier straffällig geworden sind, bringen können, von wo sie dann selbständig nach Hause in ihr Heimatland gehen können oder wo sie verharren können, bis sie ihr Heimatstaat zurücknimmt – und das hat seinen Grund! *(Beifall beim Team Stronach.)*

Herr Minister, Sie haben vorhin angesprochen, dass wir Ihnen Tipps geben sollen. Ich gebe Ihnen einen Tipp. Marokko verhandelt seit 14 Jahren mit Österreich um die Rücknahme von aus Österreich Ausgewiesenen, in Libyen haben wir nicht einmal einen Ansprechpartner – das sind Aussagen des Herrn Außenministers –, also ich glaube, da wäre es notwendig, dass wir mit diesen Wartecamps genau diese Maßnahmen setzen. Das wäre ein richtiger Schritt, das können wir mit wenig

finanziellen Mitteln günstig betreuen, und so wäre es möglich, dass wir diese Menschen wegbringen und die Österreicherinnen und Österreich vor ihnen schützen. Das wäre der richtige Weg. – Danke. *(Beifall beim Team Stronach.)*

10.03

Präsidentin Doris Bures: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Lueger. – Bitte.